

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Müldersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postfach-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Müldersdorfer Straße 60.

Abonnements-Vestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 25.

Berlin, den 18. Juni 1911.

12. Jahrgang.

Ausdauer.

Der erfreuliche Fortschritt des Verbandes erfüllt uns wohl alle mit Genugtuung und froher Zuversicht. Nach rückläufigen Jahren wird es doppelt freudig empfunden, wenn Arbeit und Mühe mit Erfolg gelohnt sind. Die Begeisterung und die Hingabe für die Organisation wird wieder frisch geweckt, und mit kräftiger Arbeit wird Erfolg auf Erfolg zu häufen gesucht. Der Organisationsgedanke erhält wieder frisches Blut, die Berufsinteressen-solidarität findet einen breiteren Boden und räumt manches lebendige Hindernis aus dem Wege. Die Macht des bösen Beispiels ist, wie wir alle wissen, sehr stark, und nicht alle besitzen jene in starker Ueberzeugung wurzelnde Kraft, Opfer für die Berufsorganisation zu bringen, an denen sich andere, vielleicht ihre Nebenarbeiter, aus kurzzeitigem Egoismus vorbeidrücken. Der hoffnungsvolle Anlauf, den sie genommen, der sie als vollwertige Glieder in die Reihen ihrer Mitsstreiter tragen sollte, war vergeblich, das böse Beispiel lähmt ihre Widerstandskraft, sie werden lau und fallen ab. Nur in Anlehnung an überzeugungstreue Gewerkschaftler halten sie sich aufrecht. Jede Ausbreitung der Organisation bedeutet darum auch eine Befestigung der Mitgliedschaft im allgemeinen, die Aussichten der Drückberger verringern sich, die weniger starken Gewerkschaftskämpfer empfangen einen stärkeren Halt.

Ganze Erfolge lassen sich jedoch nur mit Mut und vor allem durch Ausdauer erreichen. Mancher von uns, der in schweren Zeiten, vielleicht als einzelner mitten unter Unorganisierten, mutig und unverbürdet die Fahne des Verbandes hochhielt, hat durch sein gutes Beispiel der Organisation ungeheure Dienste getan. Wenn diese auch nicht immer sich sofort in sichtbare agitatorische Erfolge umwerten, sie wirken jedoch innerlich fort, und trägt der ausgestreute Samen auch einst seine Frucht. Die abgerungene Hochachtung fordert zum Nachdenken heraus und führt auf den Weg, dem gleichzukommen.

Auch in der Werbetätigkeit für den Verband kann nur unermüdete Ausdauer zum Ziele führen. Momentane Enttäuschungen, schlechte Erfahrungen und Rückschläge dürfen keinen Widerhall in uns finden. Der wahrhaft überzeugte Gewerkschaftler verfolgt unentwegt sein Ziel, einmal wird und muß ja die bessere Erkenntnis den Sieg erringen. Besonders lebendig muß dieser Geist in den Vertrauenspersonen, den Besten der Organisation, sein. Sie bilden die Wurzeln und den Stamm des Gewerkschaftsbaumes, der nicht nur den weitverzweigten Ästen neue Nahrung zuführt, sondern sie auch zusammenhalten muß. Sind diese gesund und stark, kann er sich ungestört ausbreiten, und kein Sturm kann ihm etwas anhaben. Haben wir uns nun in diesem Jahre noch besondere Aufgaben gestellt, dann gilt es erst recht mit aller Zähigkeit das erstrebte Ziel zu verfolgen.

Das Jahr 1911 soll der Ausbreitung und Stärkung des christlichen Bauarbeiterverbandes gewidmet sein. Der bestehende Friede im Gewerbe erleichtert uns unsere Tätigkeit eminent. Das kommende Jahr wird unsere Kräfte für die Vorbereitungen zur Tarif-erneuerung in größerem Maße in Anspruch nehmen, die Hauptarbeit ist darum in diesem Jahre zu leisten. Wer darum von uns die Zeit richtig versteht, wird sich dieser Arbeit mit nachdrücklicher Ausdauer befleißigen. Zu besinnen ist sich da nicht lange, nur dem Drängen nach vorwärts winkt der Erfolg.

Mitglieder und Vertrauensmänner: Führen wir das so erfolgreich begonnene Werk der Ausbreitung und Stärkung des christlichen Bauarbeiterverbandes

weiter. Spannen wir alle Kräfte an, um unsere Zahl zu vermehren. Tausende stehen uns noch fern, die zu uns gehören, ebnen wir ihnen den Weg zu uns. Wir müssen uns enger und enger zusammenfassen, damit wir allen Widerständen zum Trotz ein achtungsgebietender Faktor werden. Dem verstärkten Druck der sozialdemokratischen Gewerkschaften müssen wir mit aller Kraft standhalten, es gilt den Kampf aufzunehmen für wahre Gewissensfreiheit, die von dieser Seite mit allen Mitteln brutaler Gewalt zu unterdrücken versucht wird. Schon stehen wir auf der Mittagshöhe des Jahres, nur noch ein paar Tage und es beginnt sich zu senken. Mühen wir darum die Tage des rasch dahinfliegenden Jahres 1911 aus, damit wir am Jahreschluss das gesteckte Ziel als erreicht bezeichnen können. Wollen wir? so fragen wir wiederum! Das hängt ganz allein von uns ab, von unserem Eifer und Ausdauer. Diesen allein winkt der ersehnte Erfolg.



Fester Grund sei deinem Ich;
Nie dein Wort zu brechen;
Drum vor allem hüte dich,
Großes zu versprechen.
Über, auf dich selbst gestellt,
Handle groß im Leben,
Gleich, als hättest du der Welt
Drauf dein Wort gegeben.

Hammer.



Das mahnende Gewissen.

Unsere berechtigte Entrüstung über den sich stetig steigenden Terrorismus „freier“ Bauarbeiter gegen unsere Mitglieder ist an den maßgebenden Stellen nicht ohne Eindruck geblieben. Diese Auffassung muß man aus dem „Grundstein“ gewinnen, der sich damit in einem besonderen Artikel beschäftigt und in mehreren anderen Nummern zwecks Abwehr eine sehr durchsichtige Methode gibt, auf die wir besonders zu sprechen kommen.

Der „Grundstein“ gibt zu, daß die „Abweichung“ gegen die „Christen“ wieder im Wachstum begriffen ist. Für diese sehr wertvolle und beachtenswerte Feststellung führt er auch „Gründe“ an: Die Haltung christlicher Gewerkschaftsführer in neuerpolitischer Fragen, „die Art und Weise, wie die „Christen“ mancherorts unsere Organisation bekämpfen und für ihre Propaganda zu machen suchen“, ferner „die unberufenen Einnischung hoher kirchlicher Stellen in das gewerkschaftliche Organisationsleben“ und die „Rechtschwenkung“ der christlichen Gewerkschaften. Wir glauben kaum, daß neun Zehntel und weit darüber der Angehörigen der „freien“ Gewerkschaften über eine intimere Kenntnis dieser Fragen verfügen; erst recht nicht, wenn sie diese aus sozialdemokratischen Quellen schöpfen. Darum können die angegebenen Gründe für die „wachsende Abweichung“ auch gar nicht in Frage kommen. Diese liegen vielmehr in der ganzen sozialdemokratischen Erziehungsmethode, der Unübersichtlichkeit und eines wahrwichtigen Machtkampfes, sowie der gewissenlosen Deje der roten Parteipresse gegen die christlichen Gewerkschaften.

Es gibt in der sozialdemokratischen Bewegung Personen, die systematisch die christlichen Gewerkschaften als etwas anderes erscheinen lassen wollen, als diese in Wirklichkeit ist, und zwar wie das jeweils den eigenen Zwecken dienlich erscheint, nicht zuletzt persönlichen. Wir erinnern an die Artikel „Was im „Correspondenzblatt“, die von der „Berliner“ Richtung aus konformen Interessen an die deutschen Bischöfe gesandt wurden. Gar nicht viel später hörte man das gerade Gegenteil. Handelte es sich dort, um die katholischen kirchlichen Behörden mit Missionären gegen die christlichen Gewerkschaftsführer zu erfüllen, so hier, um das gleiche bei den evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften zu erreichen. Auch der Kollege Winnig vom „Grundstein“ hat ja eine Untersuchung in der „Neuen Zeit“ über eine „Krisis in den christlichen Gewerkschaften“ angestellt, die auch im „Grundstein“ und dessen Ableger, dem „Stuttgarter“, erschienen ist. Wir wollen ja Winnig nicht zu jenen rechnen, die absichtlich die vorerwähnten Tendenzen hervorzuheben beabsichtigen, sondern wollen das als ein Produkt seiner subjektiv christlichen Ueberzeugung betrachten. Objektiv wird es darum keineswegs richtig; für den Eingeweihten handelt es sich um nichts als um spekulative Fabulierereien, die sich zudem auf höchst zweifelhafte Quellen

stützen. Da eine andere Wertung nicht möglich ist, sind wir auch eines näheren Eingehens darauf entzogen.

Von einer „ruhigen prinzipiellen Gegnerschaft“ der „freien“ Bauarbeiter gegen die christlichen Bauarbeiter, seit diese „mannhaft für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpften“, haben wir entgegen dem „Grundstein“ bislang herzlich wenig bemerkt. Selbst während der vorjährigen Aussperrung haben wir uns gezwungen, Fälle mitzuteilen, wo man bei nichtaussperrenden Unternehmern Kollegen von uns brotlos gemacht, weil sie nicht übertraten wollten. Wenn für eine kurze „eine Wilderung“ eintrat, so führen wir diese lediglich auf den Umstand zurück, daß die roten Bauarbeiter ein anderes Bild vor uns empfinden, als wie sie es aus ihrer Parteipresse gewohnt waren. Nebenbei empfanden sie den von uns auf die öffentliche Meinung geübten Einfluß als sehr angenehm und vorteilhaft. Dieser Eindruck wurde von der roten Parteipresse aber bald wieder zerstört, und sofort setzte der Terrorismus wieder umso schärfer ein. Die Bestimmungen des Vertrages, wonach Maßregelungen nicht statthaft sind, wurden in effrontester Weise übertreten. Die Brotlosmachungen und Drangsalierungen mehrten sich in so unheimlicher Art, daß wir notgedrungen dieselben öffentlich behandeln und auf die Konsequenzen hinweisen mußten. Der „Grundstein“ hatte sehr gut getan, wo er in seiner Nummer 21 die Frage erörtert: „Wie kann der Verband seine Mitglieder gegen Maßregelung (der Unternehmer) schützen“, auch die andere aufzuwerfen, ob seine Mitglieder ein Recht dazu haben, andersorganisierte Arbeiter zu maßregeln, das heißt aus der Arbeit zu verdrängen. Wer die Rechte anderer, zumal wenn diese in einem auf Treu und Glauben beruhenden Vertrag ausdrücklich niedergelegt sind, nicht respektiert, begibt sich auch des Rechts, das nämliche für sich zu beanspruchen.

Der Erfolg unserer Vorstellungen war aber nicht etwa zu energisches Zurordnungsruhen der maßregelungswütigen Elemente durch ihre Verbandsleitungen. Von einer prinzipiellen Verurteilung jedes Terrorismus keine Spur, nur eine Mahnung an die Mitglieder, den Christlichen kein Material zu den „ersehnten“ Ausnahmefällen zu liefern. Nur zu einer sehr schamhaften Ermahnung konnte sich der „Grundstein“ aufschwingen. Im übrigen glaubte er, den Spieß gegen uns umdrehen zu sollen. Er suchte die „freigende Abweichung“ der „freien“ Gewerkschaften gegen die christlichen aus den von uns bereits aufgeführten Gründen begrifflich zu machen, und führte dann einige Fälle an, wo Verbandsfunktionäre unsererseits eine unfaire Agitation betrieben haben sollten. Selbst wenn dies zuträfe, was wir entschieden bestritten, käme er damit über den Kernpunkt des Streites nicht hinweg, und der ist, ob, wenn andersorganisierte Arbeiter bei loyal geübter Agitation aus freiem Willen nicht zu einem sozialdemokratischen Bauarbeiterverband übertreten wollen, sie durch Schikanen, Drangsalierungen oder Brotlosmachung dazu gezwungen worden sind, letzteres unter Androhung der Arbeitsniederlegung. Das ist die Quintessenz, um die es sich dreht, nicht darum, wann einer in der Agitation mal über die Schur haut. Dagegen kann ich mich wehren, nicht aber gegen die Anwendung brutaler Gewaltmittel. Die persönliche Freiheit gegen dergestaltige Unterdrückung zu schützen, das wollen wir, das müssen wir, — sobald man sie auf sozialdemokratischer Seite nicht als ein unantastbares Gut respektiert. Das fordern wir auch von unseren eigenen Mitgliedern. Achter man sie auf jener Seite, fällt jeder Anlaß zur Beschwerde für uns weg, und das ist der Zustand, den wir uns wünschen.

Mit dem „umgedrehten Spieß“ hat der „Grundstein“ aber auch herzlich wenig Glück. Zum Teil haben wir die gänzlich unwahrscheinlichen Behauptungen schon richtiggestellt. In dem Falle von Tüchel, wo unser Kollege Müller leitende Personen des Bauarbeiterverbandes beschimpft haben sollte, wagte er anscheinend selbst nicht, die ihm mitgeteilten Behauptungen wörtlich zu bringen, vielleicht empfand er selbst deren Unhaltbarkeit. Einem grandiosen Schwinder ist er mit dem ganzen Bericht ins Garn gegangen. Die rote Parteipresse brachte das ganze Lügenragou, und so erst wurde uns eine Richtigstellung ermöglicht. Auf der gleichen Höhe der Wahrheit stehen die Behauptungen von Alenstein; zudem ist darin eine indirekte Aufforderung zum Terrorismus enthalten. Warum nennt man uns keine Namen? Erfolgt das nicht noch nachträglich, bezeichnen wir das Ganze nur als ein gesuchtes Mittel zu einem sehr leicht zu durchschauenden Zweck: ein Nachsuchen um vorläufige Entschuldigungen für beabsichtigten Terrorismus unter falschen Vorpiegelungen. Selbst wenn von einer Richtung an irgendeinem Orte Terrorismus geübt worden ist, gibt das der anderen kein Recht, anderswo das nämliche nur auch zu tun. Daß aber der „Grundstein“, der doch im allgemeinen ernst genommen wird, auf das „Festsetzen“ hereinfällt, — wir doch nicht geglaubt, vielleicht rät er seinem dortigen Gründer Schenda und wahrscheinlichen Gewährsmann, was wir letzteres nicht behaupten wollen, daß er

querst die dem christlichen Bauarbeiterverband unter-
schlagenen Gelder in Höhe von 54 K zurückgestellt. Wir
sollten ihm auch noch etwas anderes über diesen verraten,
vielleicht bemüht er sich selbst einmal darum. Und mit den
Sönigsberger „Warenfabrikanten“ und „Fälschern“ könnte er
auch recht vorfindig sein. Er wird ja wissen, was wir vielen
Terarträge „Gewährsmänner“ verdienen sehr unbegrenztes Ver-
trauen.

Nachdem das Kapitel unfaire Agitation jedoch einmal an-
geschmitten ist, wollen wir dem „Grundstein“ einiges wirklich
stichhaltige Material unterbreiten. So wurde uns von ver-
schiedenen Seiten übereinstimmend mitgeteilt, daß der Ban-
arbeiter des „freien“ Bauarbeiterverbandes in einer am
25. Mai zu Katowitz stattgefundenen Versammlung erklärt
habe, der christliche Bauarbeiterverband beab-
sichtige in 1913 Streikbruch zu verüben. Wie
kommt der Mann zu einer solchen Behauptung? Hat er
auch nur den geringsten Anhalt dafür? Und in einem
im Zweigvereinsgebiet Gelsenkirchen von dem dortigen
Vorkammler Sunold an die Mitglieder verteilten Flugblatt,
in dem es bezeichnenderweise heißt:

„Das Flugblatt ist ausschließlich nur für Mitglieder des
Deutschen Bauarbeiterverbandes bestimmt“,
wird, nachdem auf den Arbeitgeberbund hingewiesen, die Frage
aufgeworfen, von welcher Seite sonst noch Gefahren drohen;
die Antwort lautet:

„Von Seiten der sogenannten interkonfessionellen (christ-
lichen) Gewerkschaften und in erster Linie von deren Führern,
die auf Befehl des hohen katholischen Klerus auf das Streik-
recht u. a. verzichten, sich auf wirtschaftlichem, politischem
und sozialpolitischem Gebiete mit dem bezüglichen hollän-
dischen von Regierungs- und Junker Gnaden, vom Unternehmern
tum und der Geschäftlichkeit freiwillig gnädigt gewährt wird,
getreu nach dem bekannten Ausspruch: „Wer knecht ist, der
soll auch Knecht bleiben!“

Was ist hierbei für uns Bauarbeiter ganz besonders zu
beachten und zu würdigen?

Daß der Zentralverband christlicher Bauarbeiter
Deutschlands oder doch dessen Zeitung diese Bauernung zu
einer eckel gelben Gewerkschaft allem Anschein nach mitzu-
machen gewillt ist. Was läßt diesen Schluß zu?

Das sieht in ja auffälliger Weise mehrende Sektierer über
den Terrorismus der freien Arbeiterorganisationen und der
Sozialdemokratie und die äußerst durchsichtige Gerechtigkeit,
ebenfalls in den geschickten Körperlichkeiten nicht nur für
Prolet und Fleischwucher, für Bekämpfung aller sonstigen not-
wendigen Bedarfsartikel, für Vermehrung der ungeheuren
Aufgaben für Militär und Marine, sondern auch für An-
nahmegesetze gegen die freie Arbeiterbewegung zu stimmen,
für Knechte des Kapitals und der Kirche zu werden, die seit
Jahrhunderten verdammt, entrechtet, ausgepöbeln und
gebüttelten Arbeitermassen vollständig zu vertreten.“

Er fordert seine Mitglieder alsdann in verbämter Weise
auf, die christlich organisierten Bauarbeiter gegen ihre Führer
aufzubehen, dabei alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken
kann, „als hätten sie (freie) ihnen (christlichen) persönlich
oder ihrer religiösen und politischen Anschauungen wegen
feindlich gegenüber.“ Hier hat der „Grundstein“ ein wirkliches
Beispiel anstößiger und verhetzender Agitation, vielleicht er-
scheint er auch daraus, woher die „reizende Monotonie“ re-
sultiert. Daß Sunold sich seines unehelichen heftigen Treibens
bewußt war, geht aus der sichtsamen Art hervor, in der er
sich an seine Mitglieder wendet. In diesem Falle erhielten
wir durch einen Zufall davon Kenntnis, in wieviel hundert
anderten, vielleicht noch schlimmer gelagerten, aber nicht. Dieser
Zufall aber bietet einen Fingerzeig dafür, wo die unfaire Agi-
tation zu finden ist.

Christliche Arbeiterschaft und Reichs- versicherungsordnung.

Essen, den 11. Juni 1911.

Die christlichen Gewerkschaften Essens hielten heute eine
von 300 Personen besuchte Massenversammlung ab, um
Stellung zu nehmen zur Reichsversicherungsordnung. Kol-
lege Abg. Beder (Krusberg) hatte bekanntlich schon im
Reichstag die Sozialdemokratie zu einer Auseinandersetzung
über die Reichsversicherungsordnung nach Essen eingeladen.
Diese Auseinandersetzung fand indessen heute nicht statt.
Die Essener Sozialdemokratie hatte vielmehr eine Sonder-
versammlung veranstaltet mit Herrn Abg. Schmidt (Berlin)
und Sachse (Bonn) als Referenten. Die sozialdemo-
kratische Versammlung war, nachdem zu ihr eine ungeheure
Kehle gemacht worden war, von kaum 300 Personen
besetzt.

Die Versammlung der christlichen Gewerkschaften ge-
haltete sich zu einer einmütigen und spontanen Vertrauens-
stärkung für die von der Sozialdemokratie so heftig
angegriffenen, aus der christlichen Arbeiterbewegung her-
vorgegangenen Abgeordneten. In der Versammlung
sprachen Generalsekretär Stegerwald (Köln) über die
äußere Situation bei Gestaltung der Reichs-
versicherungsordnung, während Kollege Abg.
Beder (Krusberg) sich über die Einzelheiten des
Gesetzes verbreitete.

Generalsekretär Kollege Stegerwald führte u. a. aus:
Die Reichsversicherungsordnung ist eines der größten Ge-
setzgebungsakte, die den Deutschen Reichstag während seiner
vierteljahrigen Sitzperiode beschäftigt haben. Und der Ge-
haltung und Verabschiedung großer Gesetzgebungsakte stellen
sich in Deutschland heute große Schwierigkeiten in den Weg. Zu-
schätz stellt das Deutsche Reich ein anderes Staatsgebilde dar,
als etwa England, Frankreich, Italien usw. Hier hat man
es mit Erbkönigstümern zu tun. Das Deutsche Reich dagegen
hat ein gewisses „Recht“ an die Bundesstaaten. Weiter wird in
den Reichstagen die Regierung gebildet
aus den Reichstagsparteien. Die Reichstagsparteien des
Deutschen Reiches dagegen werden gebildet aus Vertretern
der Bundesstaaten. Das ist viel schwieriger ist, innerhalb dieser
Körperschaft eine Einigung über ein großes Gesetzgebungsmerk
zu erzielen, als innerhalb einer aus einer einzelnen Partei
oder aus mehreren Parteien gebildeten Regierung, in
der die Parteien klar.

Dann finden wir in Deutschland ein
außerordentlich zersplittertes Parteiwesen
vor. Zu jedem Gesetzgebungsmerk ist eine Mehrheit notwendig.
Dazu bedarf es häufig vier oder gar fünf Parteien. Nach
vier- oder fünfertei Grundfragen läßt sich aber kein Ge-
setzgebungsmerk gestalten. Und so bleibt keine andere Möglichkeit,
als die Vereinbarung von Kompromissen, bei denen dann selbst-
verständlich jede Partei mehr oder weniger von ihren An-
sichtungen ablassen, Forderungen zurückstellen, Konzessionen
machen muß.

Bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung war die
Bildung einer festen Mehrheit besonders schwierig aus den
verschiedenen Gründen.

1. Besteht schon seit Jahren unter den bürgerlichen Parteien,
die früher zusammenwirkten, eine außerordentlich große gegen-
seitige Abneigung und Entfremdung. Daß unter solchen Um-
ständen die Parteien nur sehr schwer dafür zu gewinnen sind,
sich gegenseitig Konzessionen zu machen, ist zu verstehen.

2. Ist es viel leichter, für je ein einzelnes Gesetz eine
Mehrheit zu finden, als für die gleichzeitige Reform
mehrerer, tiefer in das Volksleben eingreifender Gesetze.
Ich habe vor einigen Jahren einmal auf der Kölner Handels-
schule eine Reihe von Vorträgen über das Versicherungsrecht
gehört. Und ich muß gestehen: je tiefer ich mit den Einzel-
heiten und Schwierigkeiten hinsichtlich der Zusammenfassung
der drei Arbeiterversicherungsgeetze vertraut wurde, um so
stärker stand ich den diesbezüglichen Forderungen gegenüber.
Kenner der Arbeiterversicherungsmaterie und der parlamen-
tarischen Schwierigkeiten haben schon seit Jahren vorausgesagt,
daß bei dem erstmaligen Versuch zur Zusammenfassung der
Arbeiterversicherungsgeetze in materieller Hinsicht
nicht sehr viel herauskommen könne.

Weiter ist zu beachten, daß die verbündeten Regierungen
größere Gesetzgebungswerte

nicht aus den Händen einer Zufallsmehrheit

annehmen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind die ver-
bündeten Regierungen zur Erledigung der hauptsächlichsten
Staatsgeschäfte auf die Parteien der Mitte und der Rechten
angewiesen. Diese bewilligen der Regierung den Staatsaus-
halt, die Bedürfnisse auf dem Gebiete des Kolonial-, des Militär-
und des Marinewesens usw. Nun ist es vollständig aus-
geschlossen, daß eine Regierung mit den Mittel- und
Rechtsparteien gegen die Linksparteien die Staats-
geschäfte erledigen und mit den Linksparteien gegen die
Rechtsparteien fortschrittliche Sozialpolitik machen
könnte. Ein solches Doppelspiel ist bei großen Gesetzgebungs-
werten eine Unmöglichkeit. Damit würde sich jede Regierung
zwischen zwei Stühle setzen. Politische Geschäfte werden viel-
mehr in der Hauptsache im ganzen gemacht. Weil aber die
Sozialdemokratie den Staatsaushalt prinzipiell ablehnt, schaltet
sie sich bei allen großen Gesetzgebungsmerkern von selbst aus.
Damit liefert sie die Sozialpolitik der freistehenden Reichsregierung
durch die Reaktion aus. Dem Kollegen Beder hat diese
Situation absolut nicht behagt; er hat bei der ersten und teil-
weise auch bei der zweiten Lesung der Reichsversicherungsord-
nung in der Kommission öfter gegen seine eigenen Partei-
freunde gestimmt. Er sagte sich aber zum Schluß: was hilft
mit einer Mehrheit mit den Links- und Oppositionsparteien,
die die schönsten Beschlüsse faßt, die aber lediglich auf dem
Papier stehen bleiben, keine Gesetzeskraft erlangen und an
den „Unannehmlichkeiten“ der verbündeten Regierungen scheitern!
Damit kam die Arbeiterschaft praktisch nichts anfangen. Und
so haben sich der Kollege Beder und die übrigen Mitglieder
der christlichen Gewerkschaften (Wehrens und Schürmer), die
der Reichsversicherungsordnungskommission angehörten, mit
einer unvermeidlichen, ihnen unangenehmen Situation ab-
gefunden.

Auf dem Kölner Gewerkschaftskongress habe ich den Aus-
spruch getan: „Ich habe in den letzten Wochen geradezu einen
Abjahn vor der Politik bekommen.“ Die Sozialdemokratie
hat damals geglaubt, diesen Anspruch schwer ausbilden zu
können. Ich unterreichte diesen Anspruch heute wieder. Das
politische Intrigenpiel hinter den Kulissen muß christliche Na-
turen mitunter geradezu anekeln.

Ueber Motive wird bekanntlich nicht abgestimmt.

Und so kann man es häufig erleben, daß Parteien ihnen
unympathische Gesetze dadurch zu Fall zu bringen suchen, daß
sie die vorkommendsten Anträge stellen, dadurch Verwirrung
aufstößen und die Parteien, die zu einer Mehrheit notwendig
sind, auseinanderzupressen. Dies geschieht, daß nur
ein Beispiel. Die „Frankfurter Zeitung“ vertrat bei der Reichs-
versicherungsordnung den Standpunkt der Minderheit der frei-
ständigen Volkspartei, die gegen das Gesetz stimmte. Zu Nr. 142
(23. Mai, Abendblatt) war daher zu lesen:

„Die Mehrheit hat in der Tat Anlaß zu einer gewissen
Freude, denn sie hat ihren Willen vom Anfang bis zum Ende
durchgesetzt. Ob diese Freude dauernd sein wird, das wird
sich noch zeigen, denn es ist nicht anzunehmen, daß es einer
Partei oder Parteiengruppe schließlich zum Vorteil gereicht,
wenn sie eine ernste Sache zu einer Komödie macht.
Eine Beratung hat doch offenbar den Zweck, eben zu beraten,
sich gegenseitig auszusprechen, ob das, was vorliegt, gut sei
oder geändert werden müsse, und sie hat zur Voraussetzung,
daß man bereit sei, sich überzeugen zu lassen und eventuell
Veränderungen anzunehmen. . . . Aber dennoch muß wenigstens
im allgemeinen der Wille vorhanden sein, sich nicht gegen
gute Argumente zu verschließen und zweckmäßige Vorschläge
anzunehmen, denn sonst hat doch die Beratung keinen Sinn
und Zweck und wird zur Komödie. So war es aber bei der
Mehrheit des Reichstages. Sie war von vornherein ent-
schlossen, die Beschlüsse der Kommission aufrecht zu erhalten,
und hat das mit tadellosster Konsequenz durchgeführt.“

Eines Tag hieß (24. Mai, Nr. 143, Abendblatt) schrieb
die gleiche „Frankfurter Zeitung“ bei Erledigung des Ver-
sicherungsgegesetzes für Ufaß-Lothringen, daß sie angenommen
würden wollte, das folgende:

„Der Reichstag hat gestern in zweiter Lesung das Ver-
sicherungsgegesetz für Ufaß-Lothringen durchberaten und die ein-
zelnen Paragraphen nach den Beschlüssen der Kom-
mission angenommen, unter Ablehnung aller
Abänderungsanträge, die in ihrer großen
Mehrzahl dem tatsächlichen Zweck dienen sollten,
Verwirrung zu schaffen und so das ganze Werk
zu gefährden. Aber die von Bebel bis Büchsen reichende
Mehrheit war entschlossen, durch kein noch so geschick-
liches Zwischenstück sich von der eigen-
tümlichen Handlung ablenken zu lassen, und so konnte am Abend
dieses ersten Sitzungstages der Reichstag befriedigt auf
sein Werk blicken.“

Am 23. Mai muß also bei Beratungen von Gesetzen im
Plenum des Reichstages der Zweck verfolgt werden, „sich gegen-
seitig auszusprechen, ob das, was vorliegt, gut sei oder ge-
ändert werden müsse. . . . denn sonst hat doch die Beratung
keinen Sinn und wird zur Komödie“, während am 24. Mai
es dem gleichen Reichstag zur Kenntnis angerechnet wird, daß
die einzelnen Paragraphen nach den Beschlüssen der Kom-
mission angenommen, unter Ablehnung aller Ab-
änderungsanträge, die in ihrer großen Mehrheit ent-
schlossen war, durch kein noch so geschickliches Zwischenstück
sich von der eigenartigen Handlung ablenken zu lassen.“ So wird an einem Tage versucht, was am anderen
Tage angebetet wird.

Die Reichsversicherungsordnung hat seit vielen Jahren die
Deffentlichkeit und
**mehr als ein Jahr lang die gefeggebenden Körperschaften
beschäftigt.**

Die einzelnen Parteien haben ihre Sachverständigen in eine
28gliedrige Kommission entsandt. Diese Kommission hat nahezu
ein ganzes Jahr lang mit kleinen Unterbrechungen getagt.
Nach dem Vorausgegangen war es eine Selbstverständlichkeit,
daß nicht mehr im Plenum des Reichstages über Hunderte von
Anträgen ernsthaft verhandelt werden konnte.

Die Sozialdemokratie, die diese Anträge meist stellte, ver-
folgte damit lediglich zweierlei: sie wollte sich einmal als den
einzigsten Anwalt der Lohnarbeiter aufweisen, und weiter sollten
durch ihre Anträge die Mehrheitsparteien auseinandergerissen
und so die Reichsversicherungsordnung zu Fall gebracht werden.
Die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen
Abgeordneten haben sich auf diese Manöver nicht eingelassen,
sondern sie haben für das gestimmt, wofür sich zum Schluß
in der Kommission eine Mehrheit zusammengefunden hatte.
Die Reichsversicherungsordnungsmehrheit war ohnedem nur mit
außerordentlich großen Mühen zusammengehalten.

Wenn die christlichen Arbeiterabgeordneten, nachdem sie
überzeugt waren, daß sachlich nicht mehr herauszuholen war,
im Plenum des Reichstages etwa aus Populartätshafferei
oder um sich an

unangenehmen Situationen vorbeizubringen

von der Mehrheit abgeordnet und für verschiedene sozialdemo-
kratische Anträge gestimmt hätten, so hätten sich mit dem
gleichen Recht andere Gruppen ebenfalls an dem Verbündeten
nicht mehr gehalten, und die Reichsversicherungsordnungs-
mehrheit wäre glatt auseinandergefallen. Die Kraftworte, die
die sozialdemokratische Presse gegen die christlichen Arbeiter-
abgeordneten, die gegen die sozialdemokratischen Anträge
stimmten, gebrauchte, sind denn auch von der christlichen Ar-
beitererschaft nicht ernst genommen worden. Das 14 Tage an-
dauernde Theater, das in der sozialdemokratischen Presse ge-
spielt wurde: „abgelehnt von den Kompromissparteiern“, „ab-
gelehnt von sämtlichen bürgerlichen Parteien“, hat auf die
christliche Arbeiterschaft keinerlei Eindruck gemacht.

Wenn die Reichsversicherungsordnung in absehbarer Zeit
Gesetz werden sollte, dann mußte sie 1. gemacht werden mit
den Parteien der Mitte und der Rechten; 2. sie mußte gegen-
wärtig gemacht werden. Ob und diese Situation gefällt oder
nicht gefällt, ist eine andere Frage. Tatsache bleibt, daß eine
von den Mittel- und Linksparteien gestattete Reichsversicherungs-
ordnung

Keinerlei Aussicht hatte, Gesetzeskraft zu erlangen.

Es war vollständig ausgeschlossen, daß unter den gegenwärtigen
Verhältnissen die Regierung einem Gesetzgebungsmerk, das sieben
Millionen Landarbeiter, Dienstboten, Heimarbeiter usw. der
christlichen Krankenversicherung neu unterstellt, ihre Zustimmung
erteilt hätte gegen die Parteien der Rechten. Wer
Entgegengesetztes behauptet, sagt entweder die Unwahrheit oder
aber es fehlt ihm jedeswegs positive Augenmaß. Jahraus,
jahrein hegt die Sozialdemokratie ihre Anhänger auf gegen
den gewaltigen Einfluß der „Junter“ im Staatsleben, der ge-
brochen werden müsse; und bei dem Kampf um die Reichs-
versicherungsordnung will die gleiche Sozialdemo-
kratie den christlichen Arbeitern plausibel machen,
daß u. a. die Einbeziehung der Landarbeiter in die Kranken-
versicherung gegen die „Junter“ erreichbar gewesen wäre.
Ein solches Spiel ist das Entgegengesetzte von geistreich: es
ist herzlich dumm.

Weiter wurde die Anschauung vertreten, die Reichsversiche-
rungsordnung hätte für den

demnachst neu zu wählenden Reichstag

reserviert werden sollen, der sie dann arbeiterfreundlicher ge-
staltet haben würde. Wer solches behauptet, stellt sich in Gegen-
satz zu den Tatsachen und der Geschichte der deutschen gesetz-
gebenden Sozialreform. Wie steht es mit der Wirklichkeit? Wenn
die Reichsversicherungsordnung nicht zustande gekommen wäre,
lag nichts näher, als daß Preußen den gleichen Weg beschritt,
den Bayern längst gegangen: es hätte die Krankenversiche-
rungspflicht der Landarbeiter und Dienstboten durch Landes-
gesetz geregelt. Glaubt man denn, daß etwa das „Dreiklassen-
parlament“ die Krankenversicherung für die Landarbeiter besser
ausgestaltet haben würde, als es jetzt durch den Reichstag ge-
schehen ist? Daran glaubt kein Mensch. Weiter: Wie steht
es mit der Geschichte der deutschen Sozialreform?

Das Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz
wurde geschaffen während der Sozialistenengezeit
Zeit von 1878-1890. Als 1890 das Sozialistengesetz aufgehoben
war, hatte zweifellos Kaiser Wilhelm II. die eheliche Absicht,
den Lohnarbeitern den ihnen zustehenden Platz in der Gesell-
schaft einzuräumen. Er hätte zweifellos auch den Mut und die
Kraft gehabt, seinen Ideen entgegenstehende Schwierigkeiten
auszuräumen. Es erschienen damals die Kaiserlichen Februar-
erlasse; es wurde die Berliner internationale Arbeiterschutz-
konferenz einberufen; Bismarck, der sich den Plänen des Kaisers
hinsichtlich des Arbeiterschutzes widersetzte und laut Monroten
des Fürsten Hohenlohe die Sozialdemokratie mit Bajonetten
niederwerfen wollte, bekam seine Entlassung, es wurden neu-
geschaltet und verabschiedet das große Arbeiterschutzgesetz (die
Gewerbenovelle), das Gewerbegerichtsgegesetz; das Krankenversi-
cherungsgesetz wurde verbessert. Als dann die Sozialdemokratie
trotzdem trotz an ihren antimonarchisch-revolutionären Ideen
festhielt und bei den Reichstagswahlen 1893 demnach größeren Zu-
wachs erhielt, schlug der Wind wieder um. Nun kam die Kera des
Reichstags von Stumm, die Entlassung des sozialgeimuten Mi-
nisters von Berlepsch, die Umsturzvorlage, die sogenannte „Küh-
hausvorlage“ usw. Und was brachte uns dann der große Wahl-
tag der Sozialdemokratie von 1903? Was hat denn der Reichs-
tag von 1903-1907 auf sozialpolitischem Gebiet geleistet?
Nichts! Und dadurch, daß sich die bürgerlichen Parteien seit
Jahren so schredlich uneins sind, winkt der Sozialdemokratie
1912 wieder ein größerer Wahlsieg. Daß deren Räume in den
Himmel wachsen, glaube ich allerdings nicht. Glaubt man denn,
daß durch diese Wahlschlacht etwa eine

sozialreformfreundliche Stimmung

ausgelöst würde? Ausgeschlossen! Im Gegenteil! Je härter
die Sozialdemokratie wird, mit ihren berzigen doktrinären
Grundfragen und ihrer gegenwärtigen politischen Taktik, desto
einflussreicher werden im nächsten Reichstag die Schatzmacher.
In dieser Situation hat dann eine Reichsversicherungsordnung
gar keine Aussicht, dem Reichstag vorgelegt, geschweige denn
arbeiterfreundlicher gestaltet zu werden. Die Reichsversiche-
rungsordnung mußte also gegenwärtig gemacht werden.
Die Sozialdemokratie ist ihrer alten Taktik treu geblieben: sie
hat Anträge über Anträge gestellt und zum Schluß das

ganze Gesetz abgelehnt.

Sie sie eheden von „Vettersgruppenpolitik“ schwadronierte, so
steht wieder von „Verhöhnung der Witwen und Waisen“. Zu
Wirklichkeit werden in wenigen Jahren sowohl die Witwen und
Waisen, wie auch die Rentner der Armen, die Heimarbeiter,
dem Gesetzgeber dankbar sein für das, was in den letzten Tagen
geschaffen wurde. Ich habe es mir längst abgewöhnt, die sozial-
demokratischen Schlagworte ernst zu nehmen. Noch in den neun-
ziger Jahren des verflohenen Jahrhunderts, legte die Sozial-
demokratie dem preussischen Landtag keinerlei Bedeutung bei;
diesem wollte man „verfaulen lassen“. Ein Jahrzehnt später da-
gegen inszenierte dieselbe Sozialdemokratie für das Wahlrecht
des gleichen Landtag Traupendemonstrationen, und als sich

die christlichen Arbeiter nicht davon betrafften, wurden sie als „politisch unreife Elemente“, als „Verräter an der Arbeiterklasse“ beschimpft. 1905 wurde auf dem Zehnten Parteitag der Sozialdemokratie der Antrag, die Altersrente möge schon nach dem fünfundsiebzigsten anstatt nach dem hiebzehnten Lebensjahr gewährt werden, abgelehnt mit der Begründung, daß „es keine unglücklichere Forderung beim Alters- und Invalidenversicherungsgesetz geben kann“, mit deren Verwirklichung „den Invalidenarbeitern der denkbar schlechteste Dienst erwiesen würde“, weil sie nur „auf eine Unterstützung der Grundbesitzer hinauslaufen würde“. Jetzt schimpfen die Sozialdemokraten und ihre Blätter mit Ausbietung ihrer ganzen Lungenkraft über die jetzigen Parteien und Abgeordneten, die einen Antrag ablehnten, dessen Durchführung nach Kollonbuhe, dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden, nichts anderes als eine Belastung der Invalidenarbeitern zugunsten der Grundbesitzer im Gefolge hätte, weil „dadurch die Grundbesitzer eine erhebliche Erparnis an Löhnen haben würden“. Jahraus, jahrein hat die Sozialdemokratie geschimpft über die Bürokratie, die viel zu stark in die Krankenkassen hineingegraben und dadurch deren Selbstverwaltung aufhöbe; im Reichstag dagegen haben die Sozialdemokraten dem Staatssekretär Debründt jetzt Vorhaltungen gemacht darüber, daß die Aufsichtsbehörden die angeforderten Berichte der Krankentassenbeamten seither nicht beanstandet hätten.

So fällt die Sozialdemokratie aus dem jeweiligen Agitationsbedürfnis heraus von einem Extrem ins andere und diejenigen, die es ablehnen, den sozialdemokratischen Einfällen zu folgen, werden dann mit den bekannten Krastausdrücken traktiert. Auf nicht macht das sozialdemokratische Geschimpfe keinerlei Eindruck mehr.

Die Kollegen aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die dem Reichstage angehören, haben gegenüber der Reichsversicherungsordnung gehandelt, wie sie handeln mußten: sie haben dem Reichsengesetzgebungswert, trotz seiner Mängel, zugestimmt. Sie haben zugestimmt aus der Erwägung heraus, daß 1. noch bei keinem Gesetzgebungswert alle Wünsche durchgesetzt werden konnten, und 2. daß die erzielten Verbesserungen schwerer wiegen, als die ungelieblichen Verschlechterungen, die mit in den Kauf genommen werden mußten. An Vereinigungen sind insbesondere zu vermerken:

1. Die Einbeziehung von ca. 7 Millionen Landarbeiter, Diensthöten, Heimarbeiter usw. in die Krankenversicherung.
 2. Die Mehrleistungen, die die Reichsversicherungsordnung bringt, werden auf einen Betrag zwischen 150 und 200 Millionen Mark geschätzt. Damit erreichen die jährlichen Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung in einigen Jahren rund eine Milliarde oder täglich rund drei Millionen Mark.
 3. Es wurde die Witwen- und Waisenversicherung neu eingeführt. Die Renten sind einseitig zwar noch knapp bemessen, aber auch dieser Versicherungszweig wird im Laufe der Jahre ebenso seinen Ausbau erfahren, wie dieses bei den übrigen Versicherungszweigen der Fall war.
 4. Erhöhung der Invalidenrenten durch Einführung der Kinderrenten für solche Invaliden, die Kinder unter 15 Jahren zu ernähren haben.
- Den aus unserer Bewegung hervorgegangenen Abgeordneten, insbesondere dem Kollegen Veder, gebührt der aufrichtige Dank für ihre mühevollen und nervenzerschütternde Arbeit, die sie in den letzten Wochen unter sehr schwierigen Verhältnissen geleistet haben.
- Nam. d. R. Auf die Ausführungen des Kollegen Veder kommen wir in nächster Nummer zurück.

Die beiden Redner ernteten mit ihren Ausführungen stürmischen Beifall. Beifolgende Resolution wurde von der Massenversammlung einstimmig angenommen:

Resolution.

Die heute im überfüllten Saal des Kriegerheims zu Essen tagende von 3000 Personen besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten vollständig einverstanden. Sie erkennt an, daß insbesondere die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten die denkbar möglichsten Anstrengungen machten, um für die Arbeiter herauszuschlagen, was möglich war. Die Versammlung protestiert gegen die Anfeindungen und Beschimpfungen, mit denen die sozialdemokratische Partei in den letzten Wochen die christlichen Arbeiterabgeordneten traktierte.

Die Reichsversicherungsordnung bringt gegen den bisherigen Zustand eine Reihe von Verbesserungen, als welche besonders zu vermerken sind:

1. Die Einbeziehung von ca. 7 Millionen Landarbeitern, Diensthöten, Heimarbeitern usw. in die Krankenversicherung.
2. Die Mehrleistungen, die die Reichsversicherungsordnung bringt, werden auf einen Betrag von 150—200 Millionen Mark geschätzt. Damit erreichen die jährlichen Leistungen der Deutschen Arbeiterversicherung in einigen Jahren rund 1 Milliarde oder täglich rund 3 Millionen Mark.
3. Es wurde die Witwen- und Waisenversicherung für 15 Millionen Personen neu eingeführt. Die Renten sind einseitig zwar noch knapp bemessen, aber auch dieser Versicherungszweig wird im Laufe der Jahre ebenso seinen Ausbau erfahren, wie dieses bei den übrigen Versicherungszweigen der Fall war.
4. Erhöhung der Invalidenrenten durch Einführung der Kinderrenten für solche Invaliden, die Kinder unter 15 Jahren zu ernähren haben.

Der Sozialdemokratie stand ihrem Verhalten zufolge die feindselige sozialdemokratische Einflußwirtschaft in den Krankentassen höher, als die Wohlthaten, die den Armen, den Heimarbeitern und Landarbeitern, aus der Reichsversicherungsordnung erwachsen.

Die Versammlung verurteilt diese Haltung der Sozialdemokratie auf das entschiedenste; sie spricht ihren im Reichstage tätigen Kollegen für ihr Verhalten bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung herzlichsten Dank und volles Vertrauen aus.

Rundschau.

Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Am 27. Mai fand im Berliner Landesversicherungsamtgebäude eine Konferenz von interessierten Personen statt, die die Gründung einer Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beschließen, als deutscher Abteilung der Internationalen Vereinigung beschloffen. Den Vorsitz führte Dr. Freund, der zugleich Vorsitzender des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise ist. Das einleitende Referat hielt Geh. Rat Feig vom Kaiserl. Statistischen Amt. Er erinnerte an die vielen Aufgaben, die bezüglich des Arbeitslosenproblems noch zu lösen sind, genaue Statistik, Arbeitsbeschaffung, Versicherung, Unterstützung usw. Es fehlten die inneren Beziehungen zwischen den einzelnen Einrichtungen, besonders zwischen Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweise. Als die ersten wichtigen Aufgaben des neuen Vereins bezeichnete Dr. Freund die Sammlung aller erreich-

baren Materials, besonders über die Geschäftsergebnisse der verschiedenen Einrichtungen, um Gemeinden und Korporationen, die neue Einrichtungen schaffen wollen, mit Material an die Hand gehen zu können; zweitens einen engen Anschluß an die Vereinigung der Arbeitsnachweise, die Bekanntmachung öffentlicher Erörterungen und dringens Bearbeitung und Vorbereitung der von der Internationalen Vereinigung gestellten Aufgaben. Der Gesellschaft können Einzelpersonen, Körperschaften und Behörden beitreten. Ihr Zweck soll sein: „das Problem der Arbeitslosigkeit und der Mittel zu ihrer Bekämpfung zu studieren, alle hierauf bezüglichen Materialien zu sammeln und die einschlägigen Fragen in Versammlungen zu erörtern“.

Die dritte Jugendpflegekonferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt wird am 17. und 18. Juni in der Stadthalle in Elberfeld abgehalten. Die Konferenz befaßt sich am ersten Tage mit folgenden Angelegenheiten: 1. Die Jugendpflege und die kommunalen Verwaltungen (Referent: Bürgermeister Mah, Elberfeld). 2. Das Kriegswidowien in Dienste der Jugendpflege für die schulentlassene gewerblich tätige Jugend (Referent: Assessor Dr. jur. Reimers, Wanne i. Westf.). 3. Aussprache über verschiedene Fragen. Am die Vorträge anschließend Diskussion. Das Programm für den zweiten Tag wird bei der Konferenz selbst bekanntgegeben. Anmeldungen und Anfragen, auch gegebenenfalls Mitteilung von Fragen, deren Besprechung gewünscht wird, sind an die Zentralstelle (Berlin W. 50, Augustenburger Straße 61) zu richten.

Am den folgenden Tagen (18. bis 21. Juni) findet ebendort die fünfte Hauptkonferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt statt. Auf der Tagesordnung steht: Das Lehrlingswesen und die Berufszugang des gewerblichen Nachwuchses. 1. Referat: Grundfragen der Berufsausbildung und des Lehrlingswesens in Handel, Handwerk und Industrie. 2. Referat: Das gewerbliche Schulwesen einschließlich der Fortbildungsschule und seine Bedeutung für die Berufszugang. 3. Referat: Berufswahl und Lehrstellenvermittlung.

Der Besuch der Konferenzen steht allen Interessenten frei.

Was ist ein Gelber? Das Schöffengericht in Würzburg hat in einer Urteilsbegründung die Gelben folgendermaßen gekennzeichnet: „Nach das Gericht geht von der Anschauung aus, daß die Bezeichnung „Gelber“ oder Organisationszerstörer eine Grundbezeichnung der Mißachtung in sich begriffe. Unter Gelben wird eine Klasse von Arbeitern verstanden, die auf das Koalitionsrecht verzichtet, es zugunsten gewisser Wohltätigkeitsanstalten mit den Arbeitgebern hält; sie werden als Unterdrücker der Rechte der Arbeiterklasse, als Heuchler und Krüher gehalten.“ Was wohl die Herren „Gelben“ zu dieser Charakterisierung durch ein Gericht sagen mögen?

Wie glauben an kein Wiedersehen. Wie wir einer Zuschrift des „Cölnner Lokalanzeigers“ entnehmen, wurde am Pfingstmontag der Arbeiter Sch. aus Ehrenfeld beerdigt. Als die diensttuenden Geistlichen ihre Funktionen am Grabe vollendet hatten und sich eben zur Rückkehr aufschickten, warf ein Genosse in die Grube einen Kranz mit den Worten: „Im Namen des Deutschen Bauarbeiterverbandes widmen wir diesen Kranz. Wir glauben an kein Wiedersehen.“ Wenn man berücksichtigt, daß Sch. als gläubiger Katholik, versehen mit den Heilmitteln der römisch-katholischen Kirche, gestorben ist, und wenn man ferner in Erwägung zieht, daß die Angehörigen des Verstorbenen durch das kirchliche Begräbnis, durch ihr Gebet am Grabe und durch das Seelenamt für den Verstorbenen eine andere Ansicht über das Jenseits bekundeten als die Spender des Kranzes, so muß man diese Handlungsweise der Genossen als eine Rohheit und Rücksichtslosigkeit bezeichnen.

Diese Begebenheit zeigt Johann wieder recht drastisch, wie bei den Genossen der Programmsatz: „Religion ist Privatangelegenheit“ praktisch ausgelegt wird.

Bezeichnend ist es auch für den Deutschen Bauarbeiterverband, dessen religiöse Neutralität ebenso stark wie seine politische immer wieder betont wird, daß seine Vertreter so herausfordernd und unter so schwer verwickelnden Umständen, wie sie hier vorliegen, den Jenseitsglauben leugnen! Das überaus toll- und pietätlose Verhalten dieser sozialdemokratischen Abordnung stellte sich als eine freche Verhöhnung der schmerzlichen Gefühle der Hinterbliebenen und der religiösen Überzeugung aller gläubigen Teilnehmer an dem Begräbnis dar, gegen die man durch die Behörden geschützt werden sollte.

Nach einer zweiten Zuschrift warf die rote Bauarbeiterabordnung die Kränze mit den roten Schleifen sogar ins Grab, so daß die Schwester des Verstorbenen ins Grab springen und dieselben entfernen mußte. Ja, ja! „Religion ist Privatangelegenheit“. Noch nicht einmal am offenen Grabe macht der Fanatismus der religionsfeindlichen Sozialdemokratie halt.

Der Pief hat geissen. Die Wähne, die wir dem Königsberger Hebbblätterchen, genannt „Volkstimme“, zuteil werden lassen, hat unter den roten Geistern Königsbergs einen kleinen Aufruhr hervorgerufen. Bekanntlich zeigten wir dem Blättchen, daß eine Unterabteilung von unserem früheren Kassierer Krause gegen uns agitatorisch auszumachen versuchte, daß es genug Brod vor der eigenen Türe wegzufegen hätte. Wir bemerkten einleitend, daß wir bis jetzt über Unterabteilungen sozialdemokratischer Gewerkschaftsleiter, auch besonders in Königsberg, geschwiegen, und zwar aus einfacher Anstandspflicht, da man für eine ganze Sache nicht einzelne Personen verantwortlich machen könne und es in jedem Lager unehrliche Elemente gebe. Sodann riefen wir ihm folgendes unter die Nase:

„1. Der Kassierer des sozialdemokratischen Zimmererverbandes in Königsberg unterschlug annähernd 800 Mark und verübte daraufhin Selbstmord. 2. Der Kassierer vom sozialdemokratischen Malerverband, Genosse Holz, machte seinem Leben durch Erhängen ein Ende, weil — 500 Mark an Verbandsgeldern fehlten. 3. Der Kassierer des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, „Genosse“ Rakut, erleichterte seine Verbandskasse um 1270 Mark und machte daraufhin seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Auf den Schleifen der Kränze, welche diesem „braven“, „Genossen“ als letzten Gruß gespendet wurden, konnte man folgende Zuschriften lesen: „Schlaf wohl, du weiser Streiter, du hast gestrebt, wir streben weiter“. Ob dieses Weiterstreben auch im Unterschlagen von Verbandsgeldern bestehen soll, wollen wir nicht untersuchen, da dieses eigene Angelegenheiten der „Genossen“ sind. 4. Auf dem Bureau des früheren sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverbandes in Königsberg wurden mehrmals Einbrüche verübt, wobei den Einbrechern eine jährliche Summe Geld in die Finger fiel. Das letztmal im Dezember 1910 waren es wohl 814 M. Von einer Verfolgung dieser Angelegenheit hat man nichts gehört, nur wurde der „Genosse“ Sarunski, welcher als Kassierer tätig gewesen war, nach stürmisch verlaufenen Versammlungen seines Amtes enthoben und als neuer Kassierer

für den Deutschen Bauarbeiterverband nicht mehr wieder gewählt. Warum wohl? Nicht viel ist ein Zusammenhang zwischen den Einbrüchen und der Nichtwiederwahl? Wollte man das Register weiter nachschlagen, so fände sich noch eine Anzahl, zum Teil mit recht erheblichen Summen. Wir wollen es jedoch hierbei sein lassen und der berechneten Königsbergerin zuwenden: Wer selber im Glashaus sitzt, soll nach anderen nicht mit Steinen werfen.“

Das hat natürlich unter den roten Geistern böse eingestrichen. Mögen sie sich bei ihrem Leib- und Magenblau dafür bedanken und ihm rufen, künftighin vorsichtiger zu sein. Im „Grundstein“ regt sich nun ein „Königsberger“ furchtbare darüber auf, daß wir die Nichtwiederwahl Sarunskis mit den Einbrüchen auf dem Bureau des Bauhilfsarbeiterverbandes in Verbindung gebracht hätten, dabei gibt er es selber zu, um sagt er, nicht ein Verdacht wegen Diebstahls habe gegen Sarunski, sondern weil er leichtsinnig mit dem Geld umgegangen sei. Gut, wir nehmen davon Notiz. Nach dieser Erklärung zweifeln wir nicht an der Ehrenhaftigkeit Sarunskis. Der Schreiber im „Grundstein“ möge unter seinen Königsberger „Genossen“ wirken, daß sie es ebenfalls nicht tun. Dahin müßten wir den Wind richten.

Wenn er aber nun meint, wir hätten unsere Veröffentlichung zu dem Zwecke vorgenommen, um den üblen Eindruck der Unterabteilung Krauses zu verwischen, so irrt er; wir glauben, daß er selber auf diesen Gedanken wandelt. Denn ein jedes ekelhaftes Pharisäertum hat allen Grund dazu. Warum bringt denn der „Grundstein“ nicht die von uns mitgeteilten Unterabteilungen und die sich daraus ergebenden ungemein traurigen, aber auch sehr bezeichnenden Selbstmorde? Dann könnten sich seine Leser ja ein Urteil darüber bilden, wer wirklich Ursache hat, „üble Einbrüche“ zu verwischen.

Schon einmal, es war im 1909, mußten wir dem Königsberger Hebbblätterchen aus dem gleichen Grunde eine ähnliche Lektion erteilen, die für einige Zeit vorgehalten hat. Also wir in berechtigter Abwehr haben wir zu diesem Mittel gegriffen und halten es auch für die Folgezeit so, obwohl wir in jeder Nummer unseres Organs eine Serie ähnlicher Fälle mitteilen kann. 3. B. der Fall Tobler-Windchen, der mit vier Jahren erlösungslos endigte. Aber wie gesagt, wir verzichten darauf. Nur wenn uns die rote Heppresse dazu zwingt, bekannnt sie Zug um Zug ihre eigenen Schandtatzen um die Ohren geschlagen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperzt sind: Cöln, die Arbeiter des Zwischenniebers Kurt Baum aus Bonn, Dorfmar (Streik der Maurer), Düsseldorf, die Firma Zensen für Zimmerer, Berlin (Dachdecker) die Firma Althaus, Adorf, Essen (Bliesenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien, Betriebsgesellschaft Langen u. Comp., Cöln, für Plattenleger die Zwischenniebers Gesellen, Trier (Streik der Zimmerer), Wittlich (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Osabrück (Streik der Zimmerer), Frechen b. Cöln (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Löhninghausen (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Zugzug ist ferngehalten.

Wichtig! Dortmund.

Der Arbeitsnachweis der Unternehmer in Dortmund ist gesperrt. Zureichende oder arbeitslos werdenden Kollegen wird Arbeit auf unserem Bureau, Westerblichstraße 64, nachgewiesen.

Bezirk Bochum.

Fröndenberg. Am 17. Mai hatten hier sämtliche Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer den tariflichen Lohn nicht zahlten. Der Tarif sieht für Fröndenberg 53½ Pf. pro Stunde vor. Die Unternehmer zahlten jedoch nur 50 Pf. Nach dreiwöchigem Kampf ist es uns nun gelungen, den Tarifvertrag zur Anerkennung zu bringen, mit der Ausnahme, daß für dieses Jahr 51 Pf. gezahlt werden. Vom 1. April 1912 werden 56 Pf. pro Stunde gezahlt, so daß dann der vollständige Tariflohn von den Unternehmern bezahlt werden muß. Es ist dies gewiß ein schöner finanzieller Erfolg, der nur durch die Organisation errungen werden konnte. Mögen aber auch die Kollegen von Fröndenberg und Umgebung die richtige Lehre daraus ziehen, indem sie samt und sonders dem Zentralverbande christlicher Bauarbeiter beitreten. Und den Kollegen, die vor einigen Wochen beigetreten sind, rufen wir zu, bewahrt der Organisation Treue, die auch euch gegenüber Treue bewiesen hat. Sorgt für den weiteren Ausbau des christlichen Bauarbeiterverbandes. Dann werden wir das nun Erreungene festhalten und für spätere Jahre weitere Verbesserungen einführen können. Hoch die Solidarität!

Bezirk Breslau.

Zur Aussperrung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter der Kreise Kreuzburg, Rosenburg und Lublinitz.

Nachdem im Jahre 1910 der größte Teil der hiesigen Maurer, Zimmerer und Arbeiter von der allgemeinen Bauarbeiteraussperrung verschont geblieben war, haben die Arbeitgeber der hiesigen Kreise beschlossen, dieses nachzutun, und alle Arbeiter des Bauberufes der genannten Kreise auszusperrern. Folgender Brief ging uns vom Arbeitgeberverbande zu:

„Achtung!“

Kreuzburg (O.-S.), den 3. Juni 1911.

An

den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands
z. Hd. des Herrn Bezirksleiters Ed. Pfeifer.

Breslau.

Hierdurch teilen wir Ihnen nachstehend den Beschluß der Sitzung des Arbeitgeberverbandes vom 7. Juni cr. ergebnis mit.

Mit Rücksicht auf die ohnehin schon hohen Löhne und das in diesem Jahre geringe Arbeitsfeld wird folgendes beschlossen: „Es soll an dem Beschluß der Sitzung vom 31. März cr., wonach in diesem Jahre der Stundenlohn auf 36 Pf. verbleibt und vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 ein solcher von 37 Pf. zu zahlen ist, festgehalten werden.“

Im Falle der Arbeitsaufstellung auf den Bauten eines einzelnen, dem Verbands angehörenden Arbeitgebers, verpflichten sich die übrigen Mitglieder, die Arbeitnehmer von allen ihren Bauten im Bereiche der Kreise Kreuzburg, Rosenburg und Lublinitz auszusperrern.“

Hochachtungsvoll!

als: Arbeitgeberbund für das Baugewerbe für die Kreise Kreuzburg, Rosenburg, Lublinitz in Kreuzburg (O.-S.), G. Hoppe, Regierungsbaumeister a. D.

Somit müssen, nachdem die Arbeiterorganisationen Bannperrn verhängt hatten, von den Arbeitgeberseite sämtlich Bauarbeiter der genannten Kreise ausgesperrt werden.

Wer trägt nun die Schuld, wird sich die Bürgerchaft fragen? War dieser Schritt notwendig? Denn im Jahre 1908 leiteten die Arbeitgeber der hiesigen Kreise ebenfalls festliches Entgegenkommen der Delegation gegenüber ab. Erst nach einem mehrwöchentlichen Streik konnte man sich durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Steinde aus Kreuzburg zu einer Lohnzulage entschließen. Hätten sich die Arbeiter 1908 rechtzeitig verständigt, dann wären sie schließlich billiger davongekommen. Wenn die Arbeitgeber nun sagen, sie hätten zu viel Lohn zahlen müssen, so trifft sie die Schuld allein, da sie sich auf friedlichem Wege nicht mit uns ver-

ständigen konnten. Es ist daher umso unverständlicher, wenn die Arbeitgeber in diesem Jahre zur Auslieferung übergehen. Was ist das? Unser Tarifvertrag lief am 1. April d. J. ab. Schon im September 1910 den Meistern schriftlich der Vertrag gekündigt, und mitgeteilt, daß wir auf Grund des Dresdener Schiedspruches in Verhandlungen einzutreten wollten, wonach zehnjährige Arbeitszeit und eine Lohn-erhöhung von je 2 Pf. pro Stunde eintritt, sowie der Lohn-ausgleich für die Arbeitszeitverlängerung.

Unsere Delegierten hatten am Dienstag, den 6. Juli er. in einer Konferenz beschloffen, falls auf friedlichem Wege eine Einigung erzielt werden sollte, sich dieses Jahre mit 38 Pf. und im nächsten Jahre mit 40 Pf. pro Stunde zufrieden zu geben und eventuell die 10 1/2 stündige Arbeitszeit nochmals zu belassen. Der Lohn von 38, resp. 40 Pf., entspricht nicht den umliegenden Orten; im ganzen oberdeutschen Industriegebiet beträgt der Stundenlohn 47 Pf. In Bernstadt beträgt der Stundenlohn dieses Jahre 38 Pf. und nächstes Jahre 40 Pf., in Dels dieses Jahre 44, nächstes Jahre 47 Pf. Allerdings bleibt Mansau etwas zurück, wonach erst im nächsten Jahre 37 Pf. bezahlt werden, dagegen steigt der Stundenlohn in Kempen-Schil-berg auf 41 Pf.; in Landsberg und Rosenburg sind schon teilweise in diesem Jahre 38 Pf. bezahlt worden; in Ostrowo steigt der Stundenlohn gar bis 48 Pf. Kechnlich liegen die Verhältnisse in allen anderen Städten, die der Einwohnerzahl Kreuzburg (O.S.) entsprechen. Unser letzter Beschluß vom 6. Juni er. wurde auch den Arbeitgebern unterbreitet.

Als nun zunächst ein Beauftragter von uns beim Meister Leberer aus Kreuzburg vor sprach, ob er nicht gewillt sei, diesen unseren Beschluß anzuerkennen, erhielt der Beauftragte von Leberer zur Antwort, daß er jetzt zur Ausstellung nach Posen fahre und nach dem in's Bad, er hätte also Zeit, und wir könnten streiken. Wenn ein Arbeitgeber seine eigenen Interessen über das Wohl und Wehe Hunderte von Arbeitern stellt und sozial so rückwärtschrittlich denkt, dann allerdings ist jegliche Verständigung ausgeschlossen.

Beim Herrn Maurermeister Stalek erkundigten wir uns ebenfalls, ob am Mittwoch, den 7. Juni, eine Sitzung der Arbeitgeber stattfinden würde. Dies wurde bejaht und uns anheim gestellt, nach den Verhandlungen hinzukommen. Dies geschah auch, allerdings sind die Arbeitgeber nicht mit uns in Verhandlungen eingetreten, sondern haben den eingangs erwähnten Beschluß ge- faßt, die Arbeiter auszusperrern. Etwa 600 bis 700 Bauarbeiter werden von der Aussperrung betroffen sein.

Bezirk Frankfurt a. M.

Coblenz-Niederlahnstein. Der „Grundstein“ veröffentlicht in der Nr. 22 unter Gau Oden einen Artikel, welcher sich zunächst mit den Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes in Coblenz beschäftigt und u. a. den christlich organisierten Bau- arbeitern den Vorwurf macht, daß sie die Schuld für die Rich- terverlängerung der Arbeitszeit zu tragen hätten. Für diese Behaup- tung hat man aber wie immer vergessen, auch nur den gering- sten Beweis zu erbringen. Personen, die allerdings über ein recht großes, aber auch gar kein Gewissen verfügen, setzen sich mit Verächtlichkeit über eine solche Strafbestrafung hinweg. Es bleibt daher uns vorbehalten, der Wahrheit die Ehre zu geben und die Coblenzer Bauarbeiter in der richtigen Weise aufzuklären. Wir stellen zunächst fest, daß es kein Vertreter der christlichen Organisation, sondern derjenigen einer so- zialdemokratischen war, der die Forderung der Arbeitszeitverlängerung zuerst fallen ließ. Wir sind aber auch ehrlich genug, es offen zuzugeben, daß wir diesem schließlich zustimmten. Aber auch der Artikelschreiber des „Grundstein“ hat, offenbar froh, daß ein anderer den Schritt wagte, sofort und ohne irgendwelchen Widerwillen zugestimmt. Aus seiner oppo- sitionellen Haltung, wurde sofort eine verächtliche, denn er hatte ja einen Prügelknaben, wenn auch in der Person eines Gesinnungsgefährten, gefunden. Schließlich aber hielt man es doch für geraten, diesen zu jähonen und dafür die verkappten Christlichen, die ja dafür da sind, verantwortlich zu machen. Säkularität schuldet man ja nur dem „Genossen“ gegenüber. In demselben Artikel wird dann ein von uns in Niederlahnstein abgeschlossener Tarif in der beliebigen roten Form kritisiert. Hier soll der Bezirksleiter der Christlichen ohne Befragen seiner Kollegen und auch der „frei“ organisierten Bauarbeiter einen Vertrag auf eigene Faust abgeschlossen und dabei die Inter- essen der Bauarbeiter verraten haben. Wir stellen zunächst fol- gendes fest: Am 26. April d. J. wurde zwischen dem Kollegen Schleider und dem „Genossen“ Rauh vereinbart, daß beide am 1. Mai bei dem Unternehmer Sauer in Niederlahnstein vor- stellig und bei ablehnendem Verhalten denselben, weitere Maß- nahmen treffen wollten. Der aber an diesem Termin nicht erschien, war „Genosse“ Rauh, denn es war ja roter „Weltfeiertag“. In der an demselben Tage von uns einberufenen Versammlung wurde beschloffen, die Arbeit bei Sauer niederzulegen, was auch am nächsten Tage geschah. „Genosse“ Rauh, der nun am nächsten Tage an der Niederlahnsteiner Mühle vorstellig wurde, hielt es nicht ein- mal für notwendig, eine Viertelstunde zu opfern, und sich nach dem Stand der Bewegung zu erkundigen. Man überließ es dem Christlichen, zu holen, was zu holen war, um diese dann an der hohen Barre aus, in Oden, als „Arbeitervertreter“ zu be- zeichnen. Die Bewegung gestaltete sich nun nach kurzer Zeit so, daß wir zugreifen mußten, wolle wir nicht die ganze Sache der Arbeiter gefährden. Dabei wurde eine sofortige Lohn-erhöhung von 5 Pf. und ab 1. Oktober d. J. eine nochmalige Erhöhung von 2 Pf. pro Stunde, im ganzen also 7 Pf. erreicht. Der Ver- trag hat auf ein Jahr Gültigkeit und kann, wenn in dieser Zeit die Organisation ununterbrochen richtig ausgeht, die Dis- krepanz zwischen Coblenz und Ober- und Niederlahnstein be- züglich werden. Durch erstanden ist es, wenn gesagt wird, daß Schleider allein zu Sauer lief, sondern es geschah dieses erst nach Aufforderung von Sauer und in Begleitung von zwei Kollegen. Auch wurde das Resultat der Verhandlung den Kol- legen, unter welchen sich auch einige „frei“ organisierte befan- den, vorgetragen, und von diesen einstimmig angenommen. Diesen Erfolg nennt nun „Genosse“ Rauh „Arbeiterverrat“, ber- eibe Rauh, der sich in Coblenz mit einer Aufbesserung von 5 Pf. für zwei Jahre zufrieden gibt. Auch glaubt Rauh einen Gegensatz zwischen dem Vertrag von Coblenz und dem von Nieder- lahnsstein zu bringen. Sollte Rauh wirklich nicht wissen, daß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe von Coblenz in Ober- und Niederlahnstein auch nicht ein einziges Mitglied besitzt und folglich für die dortigen Unternehmer gar keinen Ver- trag abschließen kann? Sollte Rauh aber auch nicht wissen, daß durch die Unterzeichnung von Ober- und Niederlahnstein in der Coblenzer Zeitung der Coblenzer Arbeitgeberverband bei etwaigen, von seinen Mitgliedern in diesen Orten auszuführenden Arbeiten sich nur verpflichtet, die Coblenzer Löhne zu zahlen, so gestattet er uns, auf die früher gezeigte Praxis des Ver- bandes, dem Rauh angehörit, hinzuweisen. Bereits in dem im Jahre 1907 in Coblenz abgeschlossenen Vertrag ist eine ganze Anzahl Orte aufgezählt worden, und fast in keinem ein- zigen sind die jeweiligen Löhne bezahlt worden. Darunter be- findet sich Oden, in welchen die Bauarbeiter bis auf den heutigen Tag Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes waren. Dies ist in Ober- und Niederlahnstein ja. Man hat sich dort dann an- geschloffen, hat aber trotz an seine empfindliche Aktion gedacht. Die Folge war die, daß die Differenz der Stundenlöhne zwischen Coblenz und den einbezogenen Orten, sehr bald 10 bis 12 Pf. betrug. Man verlangt die Vertreter desselben Verbandes, die

Interessensorgane dort nichts getan, daß wir mit einem Schläge nach- haken sollen, was sie versäumt haben. Und da dieses nicht mit einem Male möglich ist, so beschimpft man uns als Arbeiter- verräter. Wir fragen den „Genossen“ Rauh: Wo ist der sozial- demokratische Bauunternehmer, der die Stundenlöhne seiner Ar- beiter mit einem Schläge um 10 bis 12 Pf. erhöht? Mag er ihn nennen, wenn er dazu in der Lage ist. Weiter erwähnt Rauh die von ihm unternommene Aktion in der Niederlahnsteiner Dampf- mühle, wo es ihm gelungen ist, den Coblenzer Vertrag zur Durchführung zu bringen. Dazu möchten wir bemerken, daß dieses Verdienst nicht etwa auf das Konto von Rauh, sondern lediglich auf die allbekannte Taktik der an der Mühle beschäf- tigten rot organisierten Monteur zurückzuführen ist. Bereits am dritten Tage der Sperrung waren schon sechs Arbeitswillige vorhanden, so daß selbst Struth, der Vorsitzende des sozialdemo- kratischen Verbandes von Coblenz, die Sperrung als verloren be- trachtete. Es liegt also kein Grund zu einer Siegesfeier vor, denn nicht Taktik, sondern Gewalt war es, die hier siegt hat. Weiter sollen wir „insfern Arbeiterverrat geübt haben, weil angeblich vier sozialdemokratisch organisierte Bauarbeiter von Sauer nicht wieder eingestellt worden seien. Es wird uns hier der Vorwurf gemacht, als ob wir die Leute aus dem Geschäft gedrängt und arbeitslos gemacht hätten. Diese niederträchtige Verleumdung weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück, denn wir besitzen im Gegensatz zur Sozialdemokratie kein Recht, das uns gestattet, andere denkende oder anders organisierte Arbei- ter arbeits- und somit brotlos zu machen. Auch ist diese Praxis von uns noch nie geübt worden. Endlich sieht „Genosse“ Rauh das Heil der Coblenzer Bauarbeiter nur in der roten Organi- sation. Wir können dem „Genossen“ Rauh verraten, daß ein großer Teil der Coblenzer Bauarbeiter ganz anderer Gesin- nung ist und daß es jedenfalls kein Zeichen von Stärke bedeu- tet, wenn man dazu übergeht, die Agitation unter den Bauarbeitern mit Prügeln zu betreiben. Man fürchtet auch hier die verkappten Schwarzen, und muß dann die „rote Kultur“ nachhelfen. Wir richten daher an alle christlich organisierten und auch christlich denkenden Arbeiter den Appell: Laßt euch durch nichts abhalten, den beschriebenen Weg weiter zu gehen, und zeigt den roten Betrügnern, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Bezirk Münster.

Osnabrück. In der Lohnbewegung der Zimmerer ist vorläuf- tig eine Ruhepause eingetreten. Das bisherige Resultat kann als erfreulich bezeichnet werden. Es arbeiten jetzt bei den Unter- nehmern, die den vorgelegten Vertrag unterschrieben haben, 112 Gesellen. Weiter hat ein Unternehmer sich schriftlich ver- pflichtet, den geforderten Lohn gleichfalls zu zahlen, wozigert sich sich aber bis jetzt noch, den ganzen Vertrag durch Unterschrift anzuerkennen. Ein weiterer Unternehmer hat mündlich die Versicherung gegeben, daß er sich ebenfalls den Tariflöhnen anpassen und sie zahlen werde, jedoch von unterchristlicher Anerkennung will auch dieser nichts wissen. Es arbeiten somit im ganzen gut 120 Gesellen zu den tariflich vereinbarten Lohnsätzen, so daß nur noch ein kleiner Bruchteil von den alten Bedingungen weiterarbeitet. Jedoch auch in den Geschäften, die den Vertrag noch nicht durch Unterschrift anerkannt haben, muß die Anerkennung, sobald die Konjunktur bei denselben sich hebt, wenn nicht anders möglich, durch Arbeitsunterlegung durchgesetzt werden, denn mündliche Versprechungen sind für uns absolut wertlos, wie das die Erfahrung sehr oft gezeigt hat. Es ist somit eine Lohnerrhöhung von 7 Pf. die Stunde er- zielt, bei Beibehaltung der zehnjährigen Arbeitszeit, das bedeu- tet für den einzelnen Kollegen in der Vertragszeit gegenüber den bisherigen Löhnen, ein Mehrverdienst von annähernd 400 %, somit ein schlagender Beweis für den Nutzen und die Notwendigkeit der Organisation. Kollegen, Aufse und Rast darf es daher auch nicht geben, bis der letzte Zimmerer Mitglied des Verbandes ist. Wohl hat sich unsere Mitgliederzahl gegen- über dem alten Bestand verdreifacht, doch Ruhe darf es bei den Kollegen nicht früher geben, bis es in Osnabrück nichts mehr zu organisieren gibt. Drum nochmals auf und zielbewußt an die Arbeit, aber sollte es unter uns trotz des Erfolges noch rückgradlose Kollegen geben, die sich in diesem edlen Wettbewerb träge an die Seite stellen und nichts tun? — Vorläufig glauben wir es nicht.

Bezirk Nürnberg.

Schwandorf (Opf.). Anlässlich der vorjährigen großen Aus- sperrung, die auch von den Schwandorfer Herren Arbeitgebern „genossenschaft“ durchgeführt wurde, kam zwischen diesen und unserem Verbands auch für die Bauhilfsarbeiter ein Vertrag zu- stande. Bei der endgültigen Unterzeichnung aber gingen die Herren Arbeitgeber, ohne Wissen unseres Verbandes, einfach dazu über, den Lohn für die Bauhilfsarbeiter zu freieren. Alle Bemühungen, das ursprüngliche Vereinbarung wieder zur Gültigkeit zu bringen, waren vergebens. Zur Schlichtungs- kommissionsprüfung erschienen die Herren überhaupt nicht. Da sich die Konjunktur nun mittlerweile ziemlich gehoben hat, glaubten auch die Bauhilfsarbeiter ihrem guten Recht den nötigen Nachdruck geben zu sollen. In einer gutbesuchten Ver- sammlung am Freitag, den 1. Juni, in der Kollege Lang aus Nürnberg referierte, wurde der Streit einstimmig beschloffen. Mit Ausnahme von fünf Unorganisierten, die sich nicht schäm- ten, das Brandmal eines Arbeiterverrätters sich zu holen, wurde diesem Beschluß auch am Freitag, den 2. Juni, ent- sprechend. Schon am selben Nachmittage wurden seitens des Herrn reichsständigen Bürgermeisters Lampart Verhandlungen eingeleitet, die nach fünfjähriger Dauer mit einem, den Ver- hältnissen entsprechend, schönen Erfolge endeten. Zu Dank verpflichtet sind dem Herrn Bürgermeister beide Teile, Arbeit- geber wie Arbeiter und deren Angehörige, daß er sich in liebens- würdiger Weise der Bewegung angenommen und durch die mit großer Sachkenntnis und sehr viel Geschick geleiteten Verhand- lungen den Frieden im Schwandorfer Baugewerbe so schnell wieder herbeigeführt hat. Schließlich auch die gesamten Ge- meinschaften, die durch einen längeren Streit ebenfalls empfind- liche Verluste gehabt hätten. Vereinbarung wurde, im Gegen- satz zu dem bisherigen Stundelohn von 18—26 Pf., ein Mindest- lohn von je 25 Pf., ab 1. April 1912 31 Pf., ab 1. Oktober 1912 32 Pf. Auch hier sehen die Kollegen aufs neue wieder, was die Organisation vermag. Arbeiten wir nunmehr aber auch wajo fruchtbarer für sie. Rufen wir nicht, bis auch der letzte christliche Arbeiter in unserem Verbands seine Pflicht erfüllt: dann haben wir einerseits die Gewähr dafür, das Erreichte zu behalten, andererseits aber auch noch weitere Erfolge erreichen zu können, was angeht unser noch ziemlich rückständigen Verhältnis geradezu ein dringendes Bedürfnis ist.

Verbandsnachrichten.

Sittingen, 28. Mai. Heute hielt unsere Verwaltungs- stelle eine außerordentliche Versammlung ab zwecks Stellung- nahme zu einem Tarifvertrage mit den Bauunter- nehmern. Bezirksleiter Kott aus Karls- rube war zu derselben erschienen. In seinen Worten schiederte er den Nutzen eines Tarifs, aber auch die Gefahren, welche uns im Wege stehen, und wie dieselben zu beseitigen sind.

Hierauf gab er den ausgearbeiteten Tarifentwurf bekannt, welcher Zustimmung fand. In der Diskussion wurden ver- schiedene Angelegenheiten geregelt. Um 1 Uhr ging es zu einer Bauhandwerkerparlament in das drei Stunden von hier entfernte Mubau im Odenwald, welche durch hiesige und Mübauer Kollegen anberaumt war. 15 Kollegen von hier, teils per Rad und zu Wagen, ging es Mubau zu, wo uns die dortigen Kollegen im Gasthaus zum Wiesenthal erwarteten. Auch waren Maurer von Dumbach und Scheidehald erschienen, um 1/4 Uhr eröffnete Vorsitzender Blaut die Versammlung, zu welcher auch der dortige Herr Pfarrer erschienen war, welcher sehr viel Interesse an der Versammlung bekundete. Kollege Kott schloß in einem 1 1/2 stündigen Vortrag die Not-wendigkeit einer Organisation in der dortigen Gegend. In packenden Worten erklärte er die Entstehung der christlichen Gewerkschaft bis heute, sowie die Kämpfe, welche sie durch- zusetzen hatte, besonders die Belästigung von Seiten der Noten. Hier suchte ihn ein anwesender „Genosse“, ein Zimmerer aus Norddeuschland, zu unterbrechen, welchem jedoch in geüblicher Weise heimgeleuchtet wurde zur allgemeinen Befriedigung. Hierauf forderte er die Anwesenden zum Beitritt in die christ- liche Bauarbeiterorganisation auf, welches auch nicht auf un- fruchtbaren Boden fiel, da dortige Kollegen wie Blaut, Blach, Dambach und andere eifrig mitwirkten. Es traten 13 Kollegen sofort bei, so daß wir eine Zahlstelle gründen konnten, welche der Verwaltungsstelle Settingen angegliedert wurde. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wurde per Akklamation vorgenommen. Die gewählten Vorstandsmitglieder nahmen die Wahl an und bekundeten großes Interesse und Eifer. Hierauf sprach der anwesende Herr Pfarrer seine Anerkennung und seinen Dank aus und ernannte die Kollegen zur Einigkeit und so festem Zusammenhalten. Um 1/8 Uhr schloß der Vorsitzende Blaut mit einem Hoch auf die junge Zahlstelle der Versammlung. Zu bemerken ist noch, daß die Verwaltungsstelle Settingen seit Frühjahr 20 Kollegen gewonnen hat, in Göttingen 7, in Mu- bau 13.

M. Stabbaa. (Hoch Erziehungsbildner.) Mit welchen Mit- teln die „Genossen“ versuchen, Mitglieder zu gewinnen, zeigt fol- gendes Fall. In einem Neubau des Bauunternehmers Graf, Dahlener Straße, arbeitet neben Sozis, auch einer unserer Kol- legen. Schlämmerer, die bemerkt wurden zum Liebertritt, waren an der Tagesordnung. Einer von diesen, moderner Kul- turmenschen“ hatte das Sprüchlein zur Agitation gegen die christlichen Gewerkschaften schon ganz auswendig gelernt. Zeh- nitenkopf, Kapstumpf, Schwarze Lumpen usw., das war der Agi- tations- und Bildungstoff, um die Arbeiter auf eine „höhere“ Kultur zu bringen. Wädhlich eigenartige, „geistige“ Waffen des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes. Diese Kraft- ausdrücke wurden von einem Rohling dieser Baustelle erhärtet durch Verabfolgung von Prügeln in Gestalt eines Hebels (Wälz- knüppel), wodurch der christliche Arbeiter eine klaffende Wunde in der Nähe des Auges davontrug. Der Staatsanwaltschaft ist Anzeige erstattet worden, das dicke Ende wird schon bald folgen.

In diesem Falle und so manchem anderen kann es sich nur um eine Schürung des Terrorismus, von oben kommandiert, handeln. In der sozialdemokratischen Volkszeitung wird ver- sucht, diese rohe Tat noch zu beschönigen. Der Artikel der Sozi- presse enthält so viel Weisheit gegen die christlichen Gewerks- chaften, daß die „Genossen“ noch mehr angefeuer werden, solch Helbenstücke zu leisten. Wir raten unseren Mitgliedern an, für die Folgezeit diesen Fanatikern so entgegenzutreten, daß den- selben auf lange Zeit hinaus Hören und Sehen vergeht. Das ist die beste Lösung, womit sich die christlichen Arbeiter Respekt verschaffen können.

Dieser Vorfall muß für die christliche Arbeiterschaft ein neuer Ansporn sein, unsere Reihen zu stärken. Es muß wirklich mit dem sozialdemokratischen Bauarbeiterverband schlecht be- stellt sein, einer Organisation, die angibt, die Interessen der Ar- beiter vertreten zu wollen und sich solcher Mittel bedient, womit dem Unternehmern nur Wasser auf die Mühle geliefert wird. Das sind die Früchte der Erziehung im roten Lager, die sich nicht wegleugnen lassen.

Von den Arbeitsstellen.

Dortmund. Am Dienstag, den 6. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, stürzte unser Kollege J. Saate, Stukkateur, vom Gerüst am Hauptgeisins auf das Trottoir und blieb auf der Stelle tot liegen. Die Unfallstelle liegt an der Hohenbürg- und Höhe- Strafen-Ecke. Die Studarbeiten werden von der Firma Höfe ausgeführt. Wie verlautet, soll die Schutzlatte gefehlt haben, und so hat der Verunglückte beim Ziehen der Schablonen rück- wärts gehend vorbeigetreten und fand auf diese Weise den Tod. Unserer Baupolizei in Dortmund muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie sich wenig um die Gerüste und Abdeckung küm- mern. Unseren Kollegen rufen wir zu, selbst mehr Interesse an den Schutzvorrichtungen zu zeigen und nicht eher auf einem Gerüst zu arbeiten, bis genügend Schutzvorrichtungen vor- handen sind.

Bekanntmachungen.

Bezirk Frankfurt a. M.
Mit Zustimmung des Zentralverbandes berufen wir auf Grund des § 8 unseres Verbandstatuts eine **Bezirks-Konferenz** nach Frankfurt a. M. ein. Dieselbe findet am Sonntag, den 2. Juli, im Rechenisal, Langstraße 53, statt und beginnt vormittags 11 Uhr.
Tagesordnung:
1. Bericht des Bezirksleiters.
2. Bericht der Delegierten.
3. Welche Aufgaben erwachen uns für die Zukunft?
4. Erledigung der Anträge und Verschiedenes.
5. Neuregelung der Bezirksbeiträge.
6. Neuwahl des Bezirksvorstandes.
Jede dem Bezirk angehörige Verwaltungs- bzw. Zahlstelle ist verpflichtet, mindestens einen Delegierten zu dieser Konferenz zu senden. Die entstehenden Kosten sind von den Zahlstellen zu tragen. Die Wahl der Delegierten muß sobald als möglich vorgenommen werden, und sind deren Adressen bis spätestens zum 25. d. M. dem Bezirksleiter einzureichen. Etwasige Anträge sind ebenfalls bis zu diesem Termin, und zwar schriftlich einzureichen.
Der Bezirksvorstand:
J. A.: Damian Schleicher, Frankfurt a. M., Schnurg. 73.
Achtung! Serne.
Das christliche Gewerkschaftshaus befindet sich von jetzt ab bei Gastwirt Theodor Stemmberg, Bahnhofstraße, neben der kath. Kirche.
Achtung! Maurer und Zimmerer.
Im Bereich der Verwaltungsstelle Oberhausen werden noch eine größere Zahl Maurer und Zimmerer gesucht. Zu meiden auf unserem Verbandsbureau Oberhausen, Duppelstraße 29.
Erklärung.
Bedauere hiermit aufrichtig, daß ich mich gegen die Interessen des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands im Jahre 1910 vergangen habe und erkläre in der Zukunft die Interessen der Organisation nach allen Richtungen hin wahrzunehmen.
Allenheim, den 8. Juni 1911. Joh. Marschall.